

SPD demokratischer pressediens

P./XXV, 186

2. Oktober 1970

Erntedankfest 1970

Gegenseitiges Verständnis aller Bevölkerungsschichten nötig

Von Dr. Tassilo Tröscher SPD-MdL
Landwirtschaftsminister der hessischen
Regierung

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Unerträgliche Auswüchse

Mietwucher: Eine Schande für unsere
Gesellschaft

Seite 3 / 43 Zeilen

Die BRD ist kein CDU-Staat

Das Umdenken ist noch nicht beendet

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 6, Haussallee 2-10
Postfach: 9193
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-35
Telex: 886 549 688 (47)
530048 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Erntedankfest 1970

Gegenseitiges Verständnis aller Bevölkerungsschichten nötig

Von Dr. Tassilo Tröscher SPD-MdL
Landwirtschaftsminister der hessischen Regierung

Erntedankfest am Beginn eines neuen Jahrzehnts, angesichts einer Entwicklungsphase, die gekennzeichnet ist von einer bisher nie gekannten Unsicherheit über die Anforderungen der nächsten Zukunft an den bäuerlichen Berufsstand?

Erntedank, während wir vor dem Abschluß einer Ernte stehen, die längst nicht alle Erwartungen erfüllt, weil wieder einmal die Natur sich als so mächtig erwiesen hat, daß Mühe und Können auch des tüchtigsten Landwirts daran ihre Grenzen finden?

Ich meine ja! Wir sollten die Freude über den Abschluß der arbeitsreichsten Zeit des Jahres und die Geselligkeit als Quelle neuer Kraft nicht vergessen. Wir sollten dieses Fest aber auch als Stunde der Besinnung auf ihren heutigen und zukünftigen Inhalt nutzen.

Wir stehen in einer Entwicklung, wo neue und in der Zukunft sicher außerordentlich bedeutungsvolle Ideen, Überlegungen und Forderungen in weiten Bereichen unserer Gesellschaft an Gewicht und Bedeutung gewinnen.

Der Mensch in der technisierten Massengesellschaft und auf der Suche nach seinem Standort als Objekt oder Subjekt dieser Entwicklung fordert immer nachdrücklicher, daß die moderne Technologie nicht nur ständig neue Investitions- und Bedarfsgüter produziert, sondern endlich auch Methoden und Maßnahmen entwickelt, um eine menschenwürdigere Umwelt zu schaffen, um die weitere Verschmutzung und Verseuchung von Wasser, Luft und Boden zu verhindern und die schon entstandenen großen Schäden zu beseitigen.

Allen Menschen, die die ganze Tragweite dieser Aufgabe für unsere und die kommenden Generationen erkannt haben, ist der Bei-

trag bewußt zu machen, den gerade die landwirtschaftliche Bevölkerung bisher dazu geleistet hat; denn die Landwirtschaft hat entscheidend dazu beigetragen, daß diese Schäden nicht ein noch viel größeres Ausmaß erreicht haben.

Ich halte es für meine wichtigste Aufgabe, so schnell und umfassend wie möglich nicht nur den geistigen Voraussetzungen für die Bewältigung dieser entscheidend wichtigen Aufgabe unserer Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen, sondern auch die materiellen und verwaltungsmäßigen Grundlagen für eine gesündere Weiterentwicklung zu schaffen.

Es gilt in Stadt und Land das Verständnis zu wecken für die engen inneren Zusammenhänge und für die entscheidend wichtige Rolle, die den Boden, der ja letztlich Träger alles Lebens ist, in diesen Gestaltungs- und Entwicklungsprozeß zufällt und damit auch den Menschen, die diesen Boden in "Kultur" halten.

Es geht dabei nicht um die Entwicklung eines falschen Selbstverständnisses, sondern um die Entwicklung eines neuen Bewußtseinsbildes in allen Teilen unserer Gesellschaft, das die gegenseitige Abhängigkeit aller Lebensbereiche klarer erfaßt.

In einer Gesellschaft, die ihre Verantwortung für die Umwelt und deren bewußte Gestaltung erkannt hat, wird sich auch das Verständnis für die Aufgaben, Probleme und Leistungen der Landwirtschaft unter völlig anderen Voraussetzungen und frei von den Belastungen historisch bedingter Vorbehalte und Ressentiments bilden können.

Die Saat eines solchen gegenseitigen menschlichen und durchaus auch wirtschaftlichen Verständnisses ist der Pflege aller einsichtigen und fortschrittlichen Bevölkerungsschichten wert und kann uns zu einer geistigen Ernte und zu einem tieferen Erntedank des Verstehens und Zusammenlebens führen.

Unerträgliche Auswüchse

Mietwucher: Eine Schande für unsere Gesellschaft

Ein Übel muß schon sehr groß sein, wenn sich eine politische Körperschaft von dem Gewicht des Präsidiums der SPD damit befaßt. Gemeint ist der Mietwucher, der unerträgliche Ausmaße angenommen hat und für die davon betroffenen Mieter den Sturz ins Elend und Verzweiflung bedeutet. Die Bundesregierung, alarmiert durch diese Erscheinung, ist nicht untätig, Gesetzesvorlagen, die einen verbesserten Schutz des Mieters erstreben, werden vorbereitet, doch werden bis zu ihrer parlamentarischen Verabschiedung noch manche Monate vergehen. Die Zwischenzeit nutzen verantwortungslose und von einer hemmungslosen Profitgier angetriebene Vermieter aus, um soviel als möglich von den geplagten Mietern herauszuholen. Die große Masse der Hausbesitzer - und das hat auch der Bundesminister für Wohnungs- und Städtebau Dr. Lauritzen auf der letzten SPD-Präsidiumssitzung besonders hervorgehoben - verhält sich normal, sie mietet den Mietern nichts Unzumutbares zu und hält unvermeidbare Mieterhöhung in einem erträglichen Rahmen. So weist die Durchschnittsmieterhöhungsrate in der ersten Hälfte dieses Jahres nur eine Steigerung von 4,1 % aus, und ist damit die geringste seit 1962.

Es sind die Ausnahmen, die den Topf zur Siedehitze bringen und viel böses Blut erzeugen. Doch diese Fälle nehmen zu, vor allem in den industriellen Ballungsgebieten und in den Großstädten. Seit der Wohnungszählung 1968 sind rd. 800.000 Gastarbeiter oft mit ihren Familien in die Bundesrepublik gekommen. Hier haben manche Hausbesitzer ein. Einheimische, langjährige Mieter werden gekündigt, und an deren Stelle ziehen Gastarbeiter ein, die dann ein Vielfaches an Miete zu zahlen haben.

Durch die Presse wurde der Fall eines Kölner Hauseigentümers bekannt, der von seinen ausländischen Mietern je Quadratmeter 35 DM verlangte und sie auch bekam. Dieser Skandal schlägt jeder Gewissen genauso ins Gesicht, wie das Los von vielen Rentnern und älteren Menschen, denen es an Kraft und Ausdauer fehlt, um sich des Ungemachs erwehren zu können. Was sich hier auf diesem Gebiet tut, ist ein überaus düsteres Kapitel der Nachkriegszeit. Es ist zu hoffen, daß diesem Skandal bald durch die vorbereiteten Gesetzesentwürfe der Bundesregierung lichtere Zeiten folgen werden. Die Bekämpfung des Mietwuchers und eine gesicherte Stellung des Mieters dürfen keinen Aufschub mehr. Die Bundesregierung weiß dies, und sie kann sich dabei gewiß auch auf die Unterstützung der verantwortungsbewußten Hausbesitzer berufen.

+ + +

Die BRD ist kein CDU-Staat

Das Umdenken ist noch nicht beendet

Die von der CDU geführte Landesregierung Schleswig-Holsteins versucht zunehmend, im Deutschen Bundesrat die Gruppe jener Bundesländer zu stärken, die sich gegen die Vorlagen der SPD/FDP-Bundesregierung stemmen. In Schleswig-Holstein selbst wird die von dem aufs Altenteil gesetzten Ministerpräsidenten Dr. Helmut Lemke (CDU) geleitete Regierung nicht müde, darzulegen, daß Bonn ständig für das nördliche Bundesland Gelder sperre. Dabei ist in Wahrheit das Gegenteil richtig. Außerdem ist der für den Fall eines nochmaligen CDU-Wahlsieges in Aussicht genommene Regierungschef Dr. Gerhard Stoltenberg immer dabei, in Bonn die Bundesregierung zur Ausgaben Sperre zu mahnen, und sie zugleich in Kiel zu beschuldigen, sie gebe nicht genug Geld für die Infrastruktur aus.

Vor diesem Hintergrund ist es ein um so stärkeres und selbstverständliches Recht der sozialdemokratischen Opposition in Kiel, sich in den Bonner Bundesministerien Klarheit über die gegenwärtigen und geplanten Finanzzuwendungen für Schleswig-Holstein zu verschaffen. Schließlich soll die SPD im Landtag in Kiel entscheiden, was sie von dem Haushalt der Regierung Dr. Lemke hält.

So sprach der Finanzexperte der Kieler SPD-Fraktion, der Abg. Kurt Schulz, mit seinem Kollegen Friedrich Noll am 16. September im Bundesfinanzministerium vor und klärte eine Reihe von Fragen mit zwei Beamten, denen der Fragenkatalog zuvor zur Arbeits erleichterung eingereicht worden war. Es ging da um Mitleistungen des Bundes für Schleswig-Holstein und um finanzpolitische Maßnahmen, die der Bund noch bis zum Schluß dieser Legislaturperiode des schleswig-holsteinischen Landtags im April nächsten Jahres vor hat. Es ging ferner um die Aufklärung der widersprüchlichen Äußerungen von Dr. Stoltenberg, und natürlich auch um ei-

ne Anlaufstelle im Bundesfinanzministerium zur stärkeren Koordinierung zwischen der Finanzpolitik der SPD-Fraktion in Kiel und der des Bundesministers in Bonn. Das alles sind normale und selbstverständliche Anliegen, die einer Opposition zustehen, die seit vielen Jahren in der Bundesrepublik bei der Koordinierung zwischen Ländern und Bund praktiziert werden, und von denen CDU-Oppositionen in Bundesländern gegenwärtig mit selbstverständlichem Recht gleichfalls Gebrauch machen.

Da gibt es aber offenbar einige Leute, die der 20jährigen CDU-Herrschaft noch nicht entwöhnt sind und so unter der Hand den Fragenkatalog der beiden Kieler SPD-Abgeordneten dem CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck auf den Schreibtisch legten. Der wiederum ließ dann im "Deutschland-Union-Dienst" eine Erklärung mit der grotesken Folgerung vom Stapel, man wolle den Bundesfinanzminister nun parlamentarisch zur Rechenschaft ziehen.

In der Tat, die Gleichschaltung von CDU und Staat, die 20 Jahre lang in Bonn von den Unionsparteien versucht und zumindest personell weitgehend realisiert worden ist, scheint immer noch in den Köpfen von einigen CDU-Leuten herumzuspuken. Ob die Unionsführung nun wohl auch die CDU-Oppositionen in den anderen Bundesländern zur Rechenschaft ziehen will, die sich im Bundesfinanzministerium ebenfalls detaillierte Auskünfte, natürlich auch auf der Grundlage von Papieren, holen?